



**DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB**  
Innenpolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen

**CDU**

| Berlin: mittendrin |

18. Dezember 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

Der **CDU-Bundesparteitag** hat nach einem fairen und offenen innerparteilichen Wettbewerb **Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Vorsitzenden der CDU gewählt**. Mit **Paul Ziemiak** wurde ein Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum neuen Generalsekretär bestimmt. **Angela Merkel** hielt eine eindrückliche Abschiedsrede. Wichtig ist nun, den frischen Wind, der durch die Kandidaturen von Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn aufkam, für uns als Union insgesamt zu nutzen.



Wir haben in diesem Herbst konkrete Verbesserungen für die Bürger und unser Land auf den Weg gebracht:

- Das **Baukindergeld** und
- die **Anpassung des Mietrechts, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen**.
- Wir **investieren weiter massiv in die innere und äußere Sicherheit**, Bundespolizei und Bundeswehr bekommen mehr Geld.
- Wir **entlasten die Bürgerinnen und Bürger**, indem die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner künftig weniger Kassenbeiträge bezahlen; Familien erhalten ab dem 1. Juli 2019 ein höheres Kindergeld, die kalte Progression bauen wir auch 2019 ab.
- Die **Mütterrente wird erhöht** für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden.
- Zudem sorgen wir für **13.000 neue Stellen in der Pflege**.
- In der Woche vor Weihnachten haben wir das **Gute-Kita-Gesetz** beschlossen. Der Bund stellt den Ländern insgesamt 5,5 Milliarden Euro bis 2022 zur Verfügung. Die SPD möchte es auch für die Gebührenfreiheit des Kita-Besuchs verwenden. Wir appellieren an die Länder, das Geld vor allem in die Verbesserung der Qualität zu investieren. Denn Kinder sollten nicht nur verwahrt werden, sondern Erzieher sollten wirklich Zeit für unsere Kleinsten haben.

**Presse**

**Frankfurter Allgemeine**  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
26. November 2018

## Bleiberecht nur bei Integration

Union will Regeln für  
Aufenthaltsrecht verschärfen

bub. BERLIN, 26. November. Die Union fordert, dass ein legales Bleiberecht für abgelehnte Asylbewerber nur bei echten Integrationsleistungen erteilt wird. „Wer sich selbst als Ausreisepflichtiger nicht in den Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft integriert, hat kein Aufenthaltsrecht verdient“, sagte Mathias Middelberg, der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, dieser Zeitung. Nach derzeitiger Rechtslage kann ein Geduldeter eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, wenn die Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist, mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen und er unverschuldet an der Ausreise gehindert ist. Eine Mindestaufenthaltsdauer in Deutschland ist nicht erforderlich. Wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist, soll es sogar die Regel sein, dass die Ausländerbehörden die Aufenthaltserlaubnis erteilen. Sprachkenntnisse, Schulbesuch der Kinder oder ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind dabei nicht vorausgesetzt. An sich setzt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zwar voraus, dass der Lebensunterhalt gesichert ist, in diesem Fall erlaubt das Gesetz den Ausländerbehörden aber, davon abzusehen.

Die Behörden machen von dieser Möglichkeit sehr viel häufiger Gebrauch als von den anderen Möglichkeiten, eine Duldung in einen Aufenthaltstitel umzuwandeln. Mehr als 50 000 Personen lebten Ende Juni aufgrund dieses Aufenthaltstitels in Deutschland. Nur 3000 Personen verfügten dagegen über ein Aufenthaltsrecht, das Erwachsenen nach achtjähriger Duldung und genau definierten Integrationsleistungen erteilt werden kann. Eine Aufenthaltserlaubnis für Ausländer mit qualifizierter Berufsausbildung, die ebenfalls Integrationsleistungen voraussetzt, hatten sogar nur 237 Personen inne. Je nach Bundesland variiert zudem der Umgang der Behörden bei der Vergabe von Aufenthaltstiteln unabhängig von Integrationsleistungen. So lebten in Bremen Mitte des Jahres mehr Ausländer mit diesem Aufenthaltstitel als in Baden-Württemberg, in Berlin waren es mehr als in Bayern und Baden-Württemberg zusammen.

Die Norm, die das Aufenthaltsrecht allein an ein nicht zu vertretendes Ausreisehindernis und nicht an Integrationsleistungen knüpft, bezeichnet Middelberg als „Fehler im System“. Es sei nicht ersichtlich, warum sich der Ausreisepflichtige allein durch Zeitablauf einen legalen Aufenthalt „ersitzen“ könnte, so Middelberg.

Ein denkwürdiger **Anne-Frank-Abend im Medienzentrum der Neuen Osnabrücker Zeitung**: Über 200 Gäste erlebten eine Lesung mit **Jacqueline van Maarsen** aus Amsterdam, **der besten Freundin von Anne Frank**. „Jackie“, wie Anne Frank sie in ihrem berühmten Tagebuch nennt, überlebte die Judenverfolgung durch eine falsche Abstammungsentscheidung des Osnabrücker Rechtsanwalts **Hans Calmeyer**. Mathias Middelberg berichtete darüber. Ein eindrücklicher Abend vor allem für die vielen jüngeren Zuhörer.



### 🕒 Bei diesen Veranstaltungen können Sie mich treffen:

**Fr., 11. Januar 2019, 16:00 Uhr, Neujahrsempfang der CDU Osnabrück mit der Niedersächsischen Justizministerin Barbara Havliza, Wirtschaftswunder im Hotel arcona LIVING**

**So., 20. Januar 2019, 11:00 Uhr, Neujahrsempfang der MIT Osnabrück Stadt und Land mit dem Niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers MdL, Van der Valk, Hotel Melle - Osnabrück**

**Di., 22. Januar 2019, 17:00 Uhr, Grünkohlessen der Senioren Union Osnabrück, Hotel Restaurant Huxmühle**

**Fr., 1. Februar 2019, 19:30 Uhr, 66. Osnabrücker Mahlzeit, OsnabrückHalle**

**Sa., 9. Februar 2019, 19:00 Uhr, Grünkohlessen der CDU Alt-Georgsmarienhütte und Holzhausen, Gaststätte Kolpinghaus**

**Mi., 6. März 2019, 19:00 Uhr, Heringessen der CDU Belm mit Jens Gieseke MdEP, Gasthaus Lecon**

Herzliche Grüße, besinnliche Weihnachtstage und alles Gute für 2019!

☺  
*Mathias Middelberg*

Er fordert, das Bleiberecht künftig auch in diesem Fall an eine Mindestaufenthaltsdauer, deutsche Sprachkenntnisse und die vollständige Lebensunterhaltssicherung zu koppeln. Aus dem Bundesinnenministerium heißt es, es werde geprüft, ob und inwieweit Änderungen an der Norm angezeigt sind.

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, dessen Entwurf sich derzeit in der Abstimmung zwischen den Ressorts befindet, will mit der neuen Möglichkeit einer Beschäftigungsduldung Personen perspektivisch den Weg in ein Aufenthaltsrecht eröffnen. Voraussetzung ist nach dem Gesetzentwurf allerdings bereits für die Duldung, dass die Person ihren Lebensunterhalt vollständig sichert, über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt und seit mindestens 18 Monaten eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ausübt.

### 🗣️ Reden im Bundestag



**Debatte über den „Globalen Pakt für Migration“**. - abrufbar unter: <https://dbtg.tv/fvid/7296310>

### 🕒 Bürgergespräch

Das nächste Bürgergespräch findet am **Dienstag, 22. Januar 2019 von 14:00 bis 16:00 Uhr**, im Wahlkreisbüro Heger-Tor-Wall 23, Osnabrück statt. Um Anmeldung wird gebeten.

### 📌 KAS-Stipendium

Die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung bietet Stipendien für Abiturienten mit sehr guten Noten oder junge Studenten an, die engagiert für die christlich-demokratischen Werte eintreten und sich Gedanken über die Finanzierung ihres Studiums machen. **Bewerbungsfrist für das Sommersemester 2019 ist der 15. Januar 2019**. Infos im Wahlkreisbüro oder unter: [www.kas.de](http://www.kas.de)

### 📞 Kontakt

**Büro in Berlin**  
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Tel: 030 227 – 71382  
 Fax: 030 227 – 76882  
[mathias.middelberg@bundestag.de](mailto:mathias.middelberg@bundestag.de)

**Büro im Wahlkreis**  
 Heger-Tor-Wall 23, 49078 Osnabrück  
 Tel.: 0541 57067  
 Fax: 0541 957999  
[mathias.middelberg.wk@bundestag.de](mailto:mathias.middelberg.wk@bundestag.de)  
[www.mathias-middelberg.de](http://www.mathias-middelberg.de)

👍 [facebook.com/mathias.middelberg](https://facebook.com/mathias.middelberg)